

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Anhaltender Handlungsbedarf

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

nicht zuletzt der antisemitische Vorfall an einer Sekundarschule in Parey im Jerichower Land im Oktober hat deutlich gemacht, wie selbstbewusst Rechte in Sachsen-Anhalt inzwischen in allen Bereichen des Alltags auftreten. Und wie sehr all diejenigen, die nicht ins rechte Weltbild passen, bedroht sind. Der eindeutige Bezug zur nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik an den Juden in Deutschland und in Europa bei dem Angriff auf einen 16-jährigen Punk auf dem Schulhof in Parey, aber auch bei der Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank bei einer Sonnenwendfeier in Pretzien im Juni diesen Jahres macht zudem deutlich, dass Antisemitismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus als Kernbestandteile rechter Ideologie zum Alltagsweltbild rechter Jugendlicher und junger Männer und Frauen gehören. So findet sich beispielsweise das Schild mit der Aufschrift „Ich bin im Dorf das größte Schwein, ich lasse mich mit Juden ein“, das der 16-Jährige in Parey tragen musste, nicht nur im

Geschichtsbuch der 9. Klassen in Sachsen-Anhalt, sondern als Bild auch auf zwei indizierten CDs der Neonaziband „Deutsch, Stolz, Treu“ (DST), die unter rechten Jugendlichen weit verbreitet sind.

Statements und Kommentare von einigen PolitikerInnen, bei den Vorfällen in Pretzien oder Parey habe es sich um „Dumme Jungenstreiche“ von Jugendlichen gehandelt, die nicht wüssten, was sie tun, sind vor allem Ausdruck davon, dass viele politisch Verantwortliche ganz offensichtlich immer noch nicht verstanden haben, wie tief extrem rechte Einstellungen und Erlebniswelten vor Ort verankert sind.

Zu den rassistischen Einstellungsmustern in der Mitte der Gesellschaft gehört im übrigen auch der weit verbreitete Antiziganismus. Wir haben deshalb für die „informationen“ ein Gespräch mit Petra Rosenberg, der Vorsitzenden des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin/Brandenburg geführt.

Nach 16 Jahren extrem rechter Organisation und Gewalt in Ost- und Westdeutschland sollte eigentlich deutlich geworden sein, dass es sich hier nicht um ein kurzfristiges Phänomen handelt. Und dass es dementsprechend nicht mit kurzfristigen Aktionsprogrammen getan ist, wenn man demokratische Werte und zivilgesellschaftliche Initiativen stärken sowie potenzielle Opfergruppen unterstützen will.

Am 20. Oktober fand das Tauziehen um die Förderung der Opferberatungsprojekte, der Mobilen Beratungsteams und der Netzwerke durch den Bund ein vorläufiges Ende. Die CDU/SPD-Koalition einigte sich, zusätzlich fünf Millionen Euro im kommenden Jahr bereit zu stellen und eine dauerhafte Anschlussfinanzierung für die weiteren Jahre zu gewährleisten. Für das Team der Mobilen Opferberatung bedeutet dies hoffentlich, dass wir gemeinsam mit Ihnen auch im kommenden Jahr die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt verlässlich unterstützen können. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Salzwedel

Am Hafen 11a; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

9. Juli/Magdeburg

Gegen 6 Uhr wird ein 28-jähriger Flüchtling aus Burkina Faso an einer Bushaltestelle von drei Männern attackiert. Ohne Vorwarnung schubsen sie ihn zu Boden und schlagen und treten immer wieder auf ihn ein. Die Angreifer lassen erst von ihrem Opfer ab, als ein Bus kommt. Der 28-Jährige erleidet eine Augenverletzung sowie Hämatome am ganzen Körper. Er muss fünf Tage stationär behandelt werden.

16. Juli/Magdeburg

Ein 19-jähriger Punk wird gegen 3:20 Uhr an einer Straßenbahnhaltestelle von zwei augenscheinlich Rechten wegen seines Aussehens angepöbelt, schließlich mit dem Kopf gegen die Wand der Haltestelle gestoßen, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und gegen seinen Oberkörper getreten. Der Betroffene erleidet Prellungen und Hämatome und muss ambulant behandelt werden.

Vor Gericht:

Prozesse gegen Neonazis in Halberstadt und Wernigerode

Verlauf und Ausgang von vier Prozessen gegen Neonazis u.a. aus Wernigerode und Halberstadt im September 2006 bestärken die Mobile Opferberatung in ihrer Kritik gegenüber den Strafverfolgungsbehörden, nicht angemessen auf rechte Angriffe zu reagieren.

Am 4. September begann vor dem Amtsgericht Halberstadt das Verfahren gegen Peter Karich. Dem einschlägig vorbestraften Neonazi wurde vorgeworfen, am 16. August 2003 nachts in Halberstadt einen Passanten aus einer Gruppe von etwa einem Dutzend Rechter heraus angegriffen zu haben. Dass die Rechten zuvor versucht hatten, gewalttätig in ein alternatives Wohnprojekt einzudringen, und dann das soziokulturelle Zentrum Zora e.V. überfielen, wobei ein 21-Jähriger lebensgefährlich verletzt wurde, war nicht mehr Teil der Anklage. Anfang April 2004 war gegen Karich und fünf weitere Angeklagte wegen des Zora-Angriffs ein Prozess vor dem Amtsgericht Halberstadt eröffnet, das Verfahren gegen ihn aber bereits am ersten Verhandlungstag abgetrennt und schließlich im März 2005 – bis auf den Angriff auf den Passanten – eingestellt worden. Am 11. September wurde Peter Karich nun wegen vorsätzlicher Körperverletzung an dem Passanten zu acht Monaten Haft verurteilt. Das Gericht wollte weder eine gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung noch eine rechte Tatmotivation erkennen.

Verschoben auf den 1. November wurde der Prozess gegen acht Rechte im Alter zwischen 20 und 26 Jahren u.a. wegen Landfriedensbruchs, der zunächst am 6. September vor dem Amtsgericht Wernigerode begonnen hatte. Am 5. August 2003 hatten rund 20 z.T. bewaffnete Rechte nach Mitternacht in Wernigerode eine Gruppe nicht-rechter Jugendlicher überfallen. Obwohl gegen mindestens vier Beschuldigte ein hinreichender Tatverdacht bestand und einer der Rechten sogar teilgeständig war, stellte die Staatsanwaltschaft Halberstadt das Verfahren ein. Erst nach einer Beschwerde des Nebenklagevertreters eines Opfers wurde im Januar 2006 doch noch Anklage erhoben. Das

Amtsgericht Wernigerode trennte nun nach Zeugenvernehmungen das Verfahren gegen drei z.T. einschlägig vorbestrafte Angeklagte zur gesonderten Verhandlung ab. Die restlichen Angeklagten wurden überraschend auf Antrag der Staatsanwaltschaft Halberstadt freigesprochen; ihnen sei eine Tatbeteiligung nicht nachzuweisen. Da einer der verbliebenen Angeklagten zum zweiten Prozesstag nicht erschien, beginnt der Prozess am 1. November von vorn.

Am 14. September verurteilte das Amtsgericht Wernigerode drei teilweise einschlägig vorbestrafte Neonazis wegen eines Angriffs auf zwei junge Männer beim Oesigfest am 11. Juni 2005 in Blankenburg zu Bewährungsstrafen zwischen neun und 18 Monaten. Die beiden Opfer hatten in einer Diskussion den rechtsextremen Sprüchen eines ihnen unbekanntes Mannes widersprochen. Im Verlauf der Diskussion telefonierte der Rechte drei „Kameraden“ herbei, die die beiden jungen Männer sofort mit Tritten und Schlägen traktierten. Zwei der Angeklagten behaupteten vor Gericht, der Angriff sei von den Betroffenen ausgegangen.

Am 26. September fand vor dem Amtsgericht Halberstadt die Verhandlung gegen zwei Neonazis statt, denen vorgeworfen wurde, am 12. Januar auf dem Schulhof einer Wernigeröder Berufsschule zwei Punks angegriffen und einen Lehrer verletzt zu haben. Trotz laufender Bewährungsstrafe wurde einer der Angreifer noch am selben Tag aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Vier Monate später griff der einschlägig vorbestrafte Michel S. gemeinsam mit weiteren Rechten am Halberstädter Bahnhof einen Flüchtling aus Liberia sowie zwei zu Hilfe eilende Passanten an. Inzwischen wurde er deshalb zu drei Jahren Haft verurteilt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde das jetzige Verfahren gegen ihn zur gesonderten Verhandlung abgetrennt. Die Entscheidung über die Verhängung einer Jugendstrafe gegen seinen Mitangeklagten wurde für die Dauer von zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt. Die rechte Motivation des Angriffs spielte in der Urteilsbegründung keine Rolle. ■

Neonazis rüsten für Kreiswahlen im Frühjahr 2007

Konsequenzen aus den NPD-Wahlerfolgen

Ermutigt durch die Wahlerfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern beginnt die extreme Rechte nun mit den Vorbereitungen für die Kreiswahlen im Frühjahr 2007 in Sachsen-Anhalt. Am 22. April 2007 finden sowohl Kreistagswahlen als auch Landratswahlen in den zehn nach der Kreisgebietsreform neu gebildeten Landkreisen statt; ausgenommen von dieser Wahl sind lediglich der weiter fortbestehende Altmarkkreis Salzwedel und der Landkreis Stendal.

Zu den neuen Kreisgebieten wird u.a. der Landkreis Harz gehören, der sich aus den bisherigen Kreisen Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode zusammensetzt und zu einer der Schwerpunktregionen extrem rechter Organisation und Aktivitäten gehört. Kaum verwunderlich also, dass der NPD-Kreisverband Harz sowie der Stützpunkt der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Wernigerode und die Freien Nationalisten aus dem Spektrum der militanten Kameradschaften den Wahlkampf schon eröffnet haben. Ende September erklärte der NPD-Kreisverband Harz auf seiner Website, man werde „flächendeckend in allen Wahlkreisen des neuen Landkreises antreten. Zusammen mit den freien Kameradschaften und mit der NPD-Jugendorganisation“ sei das Ziel „die Bildung einer eigenen Fraktion im neuen Kreistag“.

NPD will in die Kreistage

Schon in Mecklenburg-Vorpommern wurde deutlich, wie zentral die Einbindung der Freien Kameradschaften für den Wahlkampf der NPD war, die in dem Bundesland – ähnlich wie in Sachsen-Anhalt – lediglich über 300 Mitglieder verfügt, während die Kameradschaften vor Ort verankert sind. Zudem strebt die NPD eine Fortsetzung des aus ihrer Sicht erfolgreichen „Deutschland-Paktes“ mit Kameradschaften, DVU und anderen Parteien und Organisationen der extremen Rechten an. In einer Erklärung des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt im Anschluss an eine eigens nach Naumburg/Saale verlegte Sitzung des NPD-Bundesvorstandes appellierte er Ende September an die „Republikaner“, sich dem Pakt anzuschließen.

Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben noch einmal mehrere Punkte verdeutlicht: Die extreme Rechte profitiert von einer geringen Wahlbeteiligung: Waren es in Mecklenburg-Vorpommern bei den Landtagswahlen 60,3% der Wahlberechtigten, die ihre Stimmen abgaben, so lag der WählerInnenanteil bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2006 in Sachsen-Anhalt nur bei 44,2%. Es ist zu befürchten, dass die Wahlbeteiligung bei den Kreiswahlen noch geringer ausfällt.

Keine Protestwähler, sondern rechte Überzeugungswähler

In Mecklenburg-Vorpommern erhielt die Neonazipartei die Stimmen von insgesamt 60.000 WählerInnen (7,3%). Dabei wanderten jeweils 12.000 Ex-CDU-WählerInnen und NichtwählerInnen zur NPD; 7.000 Stimmen kamen von Ex-SPD-WählerInnen, 4.000 aus dem PDS-Lager und 2.000 von der FDP. Zwölf Prozent der unter 30-Jährigen und sieben Prozent der 30- bis 44-Jährigen wählten NPD. Bei den 18- bis 24-Jährigen war die Neonazipartei mit beinahe 17% fast neun Mal so stark wie bei den über 60-Jährigen. Auffällig ist auch, dass die NPD bei den Männern in jeder Altersgruppe überdurchschnittlich gut abschnitt. Bei den WählerInnen unter 30 lagen die Werte für die Männer bei 20,7% und für Frauen bei 11,6%. WählerInnen mit Realschulabschluss stimmten zu 10,4% und mit Volksschulabschluss zu 8,1 % für die NPD, während AbiturientInnen und HochschulabsolventInnen lediglich mit 4,7% und 2,3% für die Neonazis votierten. Bei den NPD-WählerInnen in Mecklenburg-Vorpommern findet sich ein Anteil von 12,1% ArbeiterInnen und 18,2% Arbeitslosen, während Angestellte und Beamte zu 3,9% und RentnerInnen nur zu 2,1% für die NPD stimmten. Selbstständige entsprachen mit 7,2% dem Durchschnitt.

Deutlich zeigt sich, dass die NPD ganz offensichtlich überwiegend von Leuten gewählt wird, die ihre rassistischen und antisemitischen Parolen und Forderungen teilen. Umso wichtiger ist es, sich dem im Wahlkampf des Frühjahrs 2007 frühzeitig entgegen zu stellen. ■

24. Juli/Wolmirstedt

(Ohrekreis) Sechs Männer zeichnen einem 25-jährigen sprachbehinderten Mann ein Hakenkreuz auf den Rücken. Der Betroffene lebt in einem Heim für geistig Behinderte und hatte mit den Männern im Alter zwischen 26 und 33 Jahren gemeinsam den Nachmittag verbracht.

29. Juli/Oschersleben

(Bördekreis) Drei pakistanische Männer und ein Ägypter, die als Händler ihre Stände beim Oscherslebener Stadtfest aufgebaut haben, werden durch einen 23-jährigen Rechten lautstark rassistisch beleidigt und beschimpft. Anschließend schleudert der Täter eine Eisenstange gegen die Windschutzscheibe des Autos der Händler, die dadurch zu Bruch geht.

30. Juli/Salzwedel

Ein holländischer Gastwirt libanesischer Herkunft wird von drei Männern im Alter zwischen 21 und 23 Jahren rassistisch beleidigt und auf den Kopf geschlagen. Zuvor hat der Mann die Angreifer aufgefordert, in seiner Kneipe leiser zu sein. Der Betroffene erleidet durch die Schläge Verletzungen am Kopf und am Hals.

5. August/Oschersleben

(Bördekreis) Abends wird ein vietnamesischer Imbissbetreiber in der Nähe seines Ladens von vier Rechten mit seinem Transporter zum Anhalten gezwungen. Mit Fußritten, Flaschen und Knüppeln attackieren die 19 bis 24-jährigen Angreifer den Wagen des 38-jährigen und drohen, ihn umzubringen und seinen Imbiss anzuzünden. Bei dem Versuch, dem Angriff zu entkommen, fährt der Vietnameser einen der Täter leicht an. Die Angreifer sind u.a. wegen einschlägiger rechter Delikte polizeibekannt und werden festgenommen.

12. August/Eisleben

Ein Paar und ihr achtjähriges Kind werden gegen 18.30 Uhr auf dem Bahnhof von drei Rechten angegriffen. Der Haupttäter – ein polizeibekannter Naziskinhead – schlägt den 38-jährigen Mann von hinten mit einer Flasche auf den Kopf. Als der Betroffene zur Bahnhofsaufsicht flüchten will, schließt die dort anwesende Bahnbedienstete die Tür ab. Erst nach geraumer Zeit verständigt die Bahnhofsaufsicht die Polizei. Diese nimmt zwei der Rechten fest. Dabei stellt sich heraus, dass der Haupttäter zuvor bereits einen nicht-rechten Jugendlichen am Bahnhof so massiv ins Gesicht geschlagen hat, dass der Teenager eine blutende Mundverletzung erlitt. Gegen den 24-jährigen Naziskin wird Haftbefehl erlassen.

„Nach 1945 war nicht alles vorbei“

Interview mit Petra Rosenberg

Petra Rosenberg ist Vorsitzende des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Berlin/Brandenburg. Wir sprachen mit ihr über die Situation von Sinti und Roma in Deutschland und über die Pläne, in Berlin ein Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma in Europa während des Nationalsozialismus zu errichten.

Frau Rosenberg, wie werden in der Community der Sinti und Roma die Nachrichten von dem Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen?

Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern lässt insbesondere bei denen, die den NS-Terror überlebt haben, grausame Erinnerungen und Ängste wach werden; aber auch Wut und Entrüstung darüber, dass eine Partei, die unser demokratisches Gemeinwesen gegenwärtig bedroht, einen derartigen Zulauf hat. Sorge bereitet auch das dramatische Anwachsen von rechter Gewalt. Rechts-extreme Organisationen erstarken erneut und verfolgen, prügeln und morden. Das alles kommt nicht von ungefähr. Vieles hätte verhindert werden können, wenn die gewählten Vertreter des deutschen Volkes rechtzeitig und konsequent ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassenhass und Intoleranz gesetzt hätten. Ein sichtbares Zeichen! Durch verbale Deklamationen und Resolutionen wird jedenfalls das öffentliche Bewusstsein nicht verändert.

Viele Menschen wissen nicht, was der Unterschied zwischen Roma und Sinti ist. Ist es möglich, das kurz zu erklären?

Als deutsche Sinti bezeichnet sich eine Minderheit, die seit etwa 600 Jahren in Deutschland lebt und eine eigene Kultur und Sprache besitzt. Ihre Vorfahren verließen, wie die der Roma, vor etwa 1000 Jahren ihre Ursprungs-heimat, die der Sprachforschung zufolge im heutigen Nordwestindien und Pakistan liegt. Die deutschen Roma kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach der Abschaffung der Leibeigenschaft in Moldawien und in der Walachei sowie im Zuge des Ersten und Zweiten Weltkrieges nach Deutschland. Roma, die in den 1960er Jahren als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen, besitzen teilweise ebenfalls die deutsche Staatsbür-

gerschaft. Darüber hinaus leben nicht eingebürgerte Roma aus Südosteuropa in Deutschland. Die überwiegende Mehrheit dieser von der Abschiebung bedrohten Flüchtlinge erhält nur eine begrenzte oder gar keine Aufenthaltsgenehmigung. Ihre Lebensverhältnisse unterscheiden sich ebenso wie die der Mehrheitsgesellschaft nicht nur regional, schichtspezifisch und familiär sondern auch individuell voneinander.

Alltägliche Diskriminierung und Antiziganismus sind nach wie vor weit verbreitet. Welche Erfahrungen machen Roma und Sinti im Alltag?

Die jahrhundertelange und bis heute andauernde Ausgrenzung und Verfolgung in Form von individueller, institutioneller und politischer Diskriminierung in Deutschland und der Versuch der vollständigen Vernichtung der Sinti und Roma im „Dritten Reich“ haben weit reichende Folgen für ihre ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen. Sinti und Roma unterliegen vielfach sozialer Ablehnung, wirtschaftlich-beruflicher Benachteiligung sowie kultureller und politischer Unterdrückung und sie sind zumindest partiell von der Teilhabe und Mitwirkung an der Mehrheitskultur ausgeschlossen. Das spüren Sinti und Roma beispielsweise bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Wohnung, bei Gaststättenbesuchen oder in Geschäften.

Die Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus ist in der öffentlichen Wahrnehmung noch immer kaum präsent. Wie erklären Sie sich das?

Das hat mannigfaltige Gründe: Die Bundesrepublik, die nach 1945 die Rechtsnachfolge des „Dritten Reiches“ antrat, zeigte für die Verbrechen, die ihr politischer Vorgängerstaat an Sinti und Roma begangen hatte, jahrzehntelang kein Verantwortungsbewusstsein. Die Geschichtswissenschaft, sofern sie den Völkermord an Sinti und Roma nicht völlig ignorierte, war geprägt von falschen Darstellungen im Geiste des Nationalsozialismus und früherer Ideologien. Justiz, Polizei, Entschädigungsbehörden und andere staatliche Institutionen setzten ihre Arbeit anhand von Gesetzen und Anordnungen aus der NS-Zeit fort. Die Entrechtung der Sinti und Roma

zeigte sich insbesondere in gesellschaftlicher Ausgrenzung, der Verweigerung von Entschädigung für die NS-Verbrechen, im Versuch ihrer Ausbürgerung sowie in der Verfolgung durch die fortgesetzte polizeiliche Erfassung. Diese Fakten können als Anhaltspunkt dafür angesehen werden, dass für Sinti und Roma nach 1945 nicht „alles vorbei war“.

Erst die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in den späten 1970er Jahren in Deutschland machte darauf aufmerksam, dass auch unser Volk von der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung betroffen war. Die viel zu späte Anerkennung der Sinti und Roma als NS-Opfer ist ein Beispiel für die jahrelange Tendenz der Verleugnung des an ihnen verübten Völkermordes. Er war kein Thema im Schulunterricht und ist bis zum heutigen Tag allenfalls eine Fußnote in den Schul-Geschichtsbüchern.

Wirkt sich die NS-Vernichtung und Verfolgung auch heute noch auf das Leben von Roma und Sinti aus? Mit welchen Schwierigkeiten hatten und haben die wenigen Überlebenden zu kämpfen, wenn sie beispielsweise eine Entschädigung einfordern?

Die Sinti und Roma, die den Nationalsozialismus überlebt haben, sind durch ihre traumatischen Erfahrungen auf eine so nachhaltige Art und Weise geschädigt worden, dass ihr Vertrauen in die bundesrepublikanische Gesellschaft gestört ist. Das Erlebte schädigte aber nicht nur die Überlebenden des Holocaust. Auch das Bewusstsein der zweiten und dritten Generation ist von der Erfahrung geprägt, in dieser Gesellschaft Teil einer bedrohten Minderheit zu sein.

Nicht allen Opfern des Nationalsozialismus widerfuhr Gerechtigkeit. Diese Erfahrung machten Sinti und Roma in spezieller Weise. Die Frage der „Wiedergutmachung“ war in vielerlei Hinsicht problematisch. Der bürokratische Aufwand bei der Antragstellung bedeutete für viele Sinti und Roma eine unüberwindbare Hürde. Misstrauen und Angst gegenüber den Behörden waren so groß, dass viele ihre berechtigten Ansprüche erst gar nicht geltend machten und es später

außerordentlich schwer hatten, ihre „Entschädigung“ durchzusetzen. Auch heute gibt es immer noch Überlebende, die um die Anerkennung als NS-Opfer und um eine damit verbundene „Entschädigungsleistung“ für das ihnen zugefügte Unrecht kämpfen müssen.

Seit vielen Jahren kämpfen Sinti und Roma für ein eigenes Mahnmal in Berlin, um der Opfer der NS-Verfolgung zu gedenken. Was soll mit dem Mahnmal erreicht werden? Und mit welchen Schwierigkeiten sind Sie derzeit konfrontiert?

Das Denkmal ist ein wichtiger Schritt, dem Verfolgungsschicksal der Sinti und Roma die notwendige, öffentliche Anerkennung und Beachtung zu geben. Es ist – soweit so etwas überhaupt möglich sein kann – ein Stück überfälliger historischer Gerechtigkeit und ein Zeichen gegen das Vergessen! Es braucht Orte und Daten des Gedenkens – damit Lehren aus der Geschichte gezogen werden können; damit wir der jungen Generation verständlich machen, dass das Gedenken nichts mit der Weitergabe von Schuld zu tun hat; damit verhindert wird, dass sich das Unheil, das Millionen Leben zerstörte, wiederholt.

Heute, 61 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft, sehen wir uns immer noch mit der Situation konfrontiert, dass es in Berlin, der Stadt, von der einst die Mordbefehle ausgingen, keine angemessene Erinnerungsstätte für unsere Opfer gibt. Der letztendlichen Realisierung des Mahnmals steht eine absurde Diskussion um die Eigenbezeichnung unseres Volkes gegenüber. Wenn selbst hochrangige Politiker das Wort „Zigeuner“ auf dem Mahnmal nicht für bedenklich halten, da dieses für sie „keinen diskriminierenden Klang“ habe, dann empfinden wir das als Bevormundung. Wer behauptet, Begriffe wie „Zigeuner“ müssten aus Respekt vor denjenigen, die unter diesem Namen verfolgt wurden, beibehalten werden, der zollt den Opfern keineswegs Respekt. Im Gegenteil – die Überlebenden fühlen sich angesichts derartiger öffentlicher Ausführungen und Debatten abermals gedemütigt. Der Versuch, uns immer wieder als „Zigeuner“ zu degradieren, ignoriert unsere Eigenbezeichnung und verdeutlicht die noch immer stattfindende Unterdrückung unseres Volkes, dem das Recht auf seine ursprüngliche, in der eigenen Sprache tradierte Bezeichnung abgesprochen wird.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

29. August/Gerwisch

(Landkreis Jerichower Land) Am Abend verschafft sich ein rechter Heranwachsender Einlass zu einer privaten „School-in-Party“, beleidigt alternative Jugendliche und bedroht mehrere von ihnen mit einer Schreckschusspistole. Einem Jugendlichen schlägt der Angreifer ins Gesicht, einem 19-Jährigen wirft er eine Flasche entgegen und schießt aus kurzer Entfernung auf ihn. Der Betroffene erleidet einen zeitweiligen Gehörverlust und muss zur Behandlung in ein Krankenhaus.

6. September/Magdeburg

Gegen 14 Uhr warten ein 11-jähriges afrodeutsches Mädchen und ein gleichaltriger Junge nach der Schule auf ihren Bus, als plötzlich aus einer Gruppe Erwachsener heraus ein Silvesterknaller in ihre Richtung geworfen wird. Dann beginnt ein stark alkoholisierter 64-Jähriger, das dunkelhäutige Mädchen rassistisch zu beschimpfen. Als ihr Mitschüler den Mann zur Rede stellen will, schlägt ihn dieser mit der Faust ins Gesicht.

7. September/Parey

(Jerichower Land) Ein 16-jähriger Punk wird auf dem Schulhof der Sekundarschule Parey von einer ca. zehnköpfigen Gruppe, unter ihnen mehrere Rechte, angegriffen. Dabei wird dem Betroffenen ein Arm angebrochen und er wird zu Boden gestoßen.

9. September/Magdeburg

Ein 22-Jähriger aus Benin wartet gegen 20.00 Uhr an einer Haltestelle, als aus einer ankommenden Straßenbahn vier 16- bis 26-Jährige zielgerichtet auf ihn zukommen und ihn rassistisch beschimpfen. Dann wird der Betroffene geschlagen und getreten. Er erleidet Hämatome am ganzen Körper und muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

11. September/Quedlinburg

Eine Punkerin wird gegen 20.30 Uhr unvermittelt von ihrem Rad gestoßen und stürzt zu Boden. Als sich die im Gesicht blutende Betroffene aufrappelt, wird sie von einer männlichen Person mit Thorsteinar-Tarnjacke beschimpft und mit voller Wucht ins Gesicht getreten. Dann kann die 18-Jährige flüchten. Die Betroffene erleidet u.a. ein angebrochenes Nasenbein und muss sich in ambulante Behandlung begeben.

Vor Ort:

Was zu tun wäre

Eine Bilanz nach fünf Jahren von Prof. Dr. Roland Roth

Am 21. September fand in Magdeburg anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Mobilen Opferberatung die Tagung „Wahrnehmung rechter Gewalt: Eine Bilanz aus fünf Jahren“ statt. Wir veröffentlichen an dieser Stelle Auszüge aus dem Vortrag von Professor Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal über „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt: Erfahrungen und Möglichkeiten“.

Gemessen an den Herausforderungen ist das Land vergleichsweise schlecht für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gerüstet. Durch den Rückbau bzw. die Umwidmungen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus droht ein weiterer Aderlass. Das Land sollte versuchen, einige der entstehenden Lücken zu füllen.

Opferberatung, Mobile Beratungsteams und Netzwerkstellen

Von zentraler Bedeutung sind die so genannten Infrastrukturstellen, die im Rahmen der Bundesprogramme unterstützt bzw. aufgebaut wurden. Dahinter steht die Einsicht, dass die Förderung demokratisch „schwacher Zivilgesellschaften“ eine Daueraufgabe ist, die nur durch ein kompetentes, mobiles und über das nötige lokale Wissen verfügendes Personal zu bearbeiten ist.

- Die Opferberatung, die sich gerade in Sachsen-Anhalt in Fachkreisen einen guten Namen erarbeitet hat, steht vor dem Aus, wenn das Land nicht einspringt. Die Betreuung und Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt, Präventionsprojekte für potenzielle Opfergruppen, aber auch die Dauerbeobachtung von regionalen Entwicklungen aus der Opferperspektive haben sich als notwendige Aufgaben in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erwiesen, gerade weil seine hässliche, menschenverachtende Seite von der Mehrheitsbevölkerung (und Teilen der Politik) kaum oder nur ungern wahrgenommen wird. Wenn heute der Verfassungsschutz seinen Landesbericht vorlegt, klingeln die Telefone bei der Opferberatung, weil dort zu Recht ein kompetenter Kommentar erwartet wird. Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

in Sachsen-Anhalt wäre es ein Desaster, wenn diese Einrichtung unter die Räder käme.

- Eine mit den aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus und des Landes vertraute „Task Force“ zu haben, die auf Anfrage tätig wird, gehört zu den Aktivposten der Bundesprogramme, die z.B. auf Erfahrungen in Brandenburg zurückgreifen konnten. In gewisser Weise hat in Sachsen-Anhalt Miteinander e.V. und abgeschwächt auch die Landeszentrale für politische Bildung diese Aufgabe wahrgenommen, ohne in den letzten Jahren eine entsprechende institutionelle Absicherung und fixierte Aufgabenbeschreibung zu haben. Es ist genügend Substanz vorhanden, um Miteinander e.V. zum institutionellen Fokus eines Mobile Beratungsteams (MBT) für das Land zu machen. Dabei sollte weiterhin auf unabhängige Trägerstrukturen geachtet werden. Zu große Staatsnähe wäre schädlich.

- Während die MBTs wesentlich als „Eingreifgruppe“ dienen, widmen sich die Netzwerkstellen zivilgesellschaftlichen Entwicklungsaufgaben. In Sachsen-Anhalt ist z.B. einer dieser Stellen bei der Freiwilligenagentur Halle angesiedelt und widmet sich dort projektorientiert der Engagementförderung bei Arbeitslosen, Jugendlichen und anderen Gruppen, die sonst dem bürgerschaftlichen Engagement eher fern stehen. Hier liegt sicherlich weiterer Entwicklungsbedarf im Lande.

Polizei, Staatsanwaltschaft, Justiz

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus werden gerade in Sachsen-Anhalt Polizei und Judikative in vielen Fällen als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung wahrgenommen – dies ist vor allem die Sicht der Opfer. Dies dürfte in der großen Mehrzahl der Fälle kein Problem von Kumpanei oder politischer Sympathie sein, sondern eher eines, das einer Mischung von Unsicherheit, Ignoranz und Unwissenheit geschuldet ist.

Andere Länder (Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) haben im polizeilichen Bereich spezialisierte Einheiten

gebildet, die vor Ort helfen können, wenn z.B. in den polizeilich insgesamt eher ausgedünnten Regionen entsprechender Bedarf entsteht. Eine in dieser Form spezialisierte Gruppe könnte sich zudem in der praxisnahen thematisch zentrierten Aus- und Weiterbildung einbringen und damit insgesamt die Sensibilität in diesem Bereich stärken.

Brandenburg hat zudem im staatsanwaltlichen Bereich zentrale Kompetenzen für die entsprechende Deliktgruppe entwickelt. Dies scheint auch in Sachsen-Anhalt dringend geboten, um hier entsprechende Aufmerksamkeiten und Sensibilitäten zu stärken.

Auch wenn die Wirkungen solcher spezialisierter Gruppen bei Polizei und Justiz im wesentlichen im symbolischen Bereich liegen dürften, dürften sie dazu beitragen, rechts-extreme Akteure abzuschrecken, die eigenen Handlungskompetenzen zu steigern und die Handlungsbereitschaft der Landesregierung unmissverständlich zu verdeutlichen.

Demokratische Zivilgesellschaft stärken

In der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus haben sich einige andere Ansätze bewährt:

- Bürgermeister und Gemeinderäte sind oft hilflos, wenn rechtsextreme Akteure in ihrer Gemeinde verstärkt aktiv werden, Versammlungsorte erstreiten, die Gleichbehandlung mit anderen politischen Akteuren im öffentlichen Raum fordern oder als Heimatvereine auftreten. Dabei liegen inzwischen eine Fülle von Erfahrungen vor, wie solchen Initiativen erfolgreich begegnet werden könnten. Es wäre eine sinnvolle Aufgabe für kommunale Spitzenverbände, praxisnahe Fortbildungen anzubieten, in denen entsprechend erfahrene Bürgermeister und Stadträte ihren KollegInnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

- Freiwillige Feuerwehr und Sportvereine: In Brandenburg und anderen Bundesländern liegen einige positive Erfahrungen vor, Vereine, die es fast an jedem Ort gibt, über die landesweiten Verbandsstrukturen in die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einzubinden. Wettbewerbe, attraktive Weiterbildungsangebote, thematisch ausgelobte Fördermittel sind einige Möglichkeiten, um in der lokalen Vereinsarbeit, die ja in der Regel viele Kinder und Jugendliche

einbindet, für dieses Themenfeld zu sensibilisieren. Dabei geht es nicht um eine vordergründige Politisierung, sondern um die Stärkung der zivilen Kompetenzen (Umgang mit Unterschieden, Fairness, Toleranz etc.).

Bildungspolitik

Es ist sicherlich kein Zufall, dass es in Sachsen-Anhalt nur vier Schulen gibt, die sich erfolgreich um die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus“ bemüht haben. Insgesamt hat im Selbst- und Fremdbild des Erziehungs- und Schulwesens Sachsen-Anhalts die Vermittlung von sozialen Kompetenzen und Demokratiefähigkeit keinen hervorgehobenen Stellenwert. Hier läge ein wichtiger Ansatzpunkt, auch weil die Rechtsextremismusforschung u.a. in Täterstudien nachweisen konnte, dass entwicklungsgeschichtliche frühe Weichenstellung darüber entscheiden, ob rechtsextreme „Antworten“ auf individuelle Erfahrungen und gesellschaftliche Herausforderungen Resonanz finden. Studien zur Schulkultur, aber auch Evaluationen von Maßnahmen im Bildungsbereich des Landes haben hier erheblichen Entwicklungsbedarf deutlich gemacht. Gerade im Kontext neuer Angebote zur Elternbildung, zu Ganztagschulen etc. wäre es sehr nützlich, Programme, Wettbewerbe und andere Anreize zu entwickeln, die sozialen Kompetenzen und demokratischen Orientierungen vom Kindergarten an größere Aufmerksamkeit verschafft.

Die politische Debatte suchen

Die ruhige professionelle Kleinarbeit wird nicht genügen. Nicht zuletzt dürfte die Nachhaltigkeit von Projekten und Maßnahmen davon abhängen, ob das Thema Rechtsradikalismus einen Weg aus der politischen Nischen- und Randständigkeit findet. Als gelegentlich heroischer „Kampf gegen Rechts“, symbolische Lesungen und ambitionierte Projekteschmiederei allein kann dies kaum gelingen, aber vielleicht als Streit für eine angemessene öffentliche Infrastruktur, für mehr Demokratie und Toleranz gerade auch in jenen Institutionen, die unser Alltagsleben prägen und damit als Lernprogramm für die nachwachsende Generation wirken. Dabei könnte die Bewertung des Rechtsextremismus als drängendes Zukunftsproblem des Landes durch den Innenminister ein erster und wichtiger Schritt sein. ■

19. September/ Sangerhausen

Unbekannte brechen in der Nacht zum 19. September den Imbisswagen einer Vietnamesin auf, verwüsten ihn und besprühen ihn großflächig u.a. mit Hakenkreuzen, SS-Runen und den Parolen „Kanacke verrecke“ und „White Power“. Auch ein benachbarter türkischer Imbisswagen wird u.a. mit Hakenkreuzen sowie mit den Schriftzügen „NSDAP“ und „Macht und Ehre“ beschmiert. Der Staatsschutz nimmt Ermittlungen auf.

2. Oktober/Magdeburg

Zwei Männer aus Pakistan werden abends in der Innenstadt von zwei deutschen Männern mit rassistischen Sprüchen beleidigt und dann angegriffen. Als die Pakistanis versuchen, der Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, werden sie von den Angreifern verfolgt. Erst nach längerer Flucht können sie den beiden Männern entkommen.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Anne Frank-Ausstellung

Spätestens mit der Verbrennung des Tagebuch der Anne Frank auf einer Sonnwendfeier am 24. Juni in Pretzien wurde deutlich, dass akuter Handlungsbedarf besteht, um antisemitischen und neonazistischen Tendenzen im Landkreis Schönebeck entgegen zu treten. Einen Beitrag dazu wollen zwischen dem **31. Oktober und dem 18. November** das Anne-Frank-Zentrum Berlin, Rückenwind e.V. Schönebeck und der Schönebecker Verein Courage e.V. mit der Präsentation der Anne-Frank-Ausstellung in Schönebeck leisten. Die Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ erzählt die Geschichte Anne Franks vor dem Hintergrund der Judenverfolgung während des Zweiten Weltkriegs. Zahlreiche Begleitveranstaltungen sind geplant. Wer Interesse hat, sich daran zu beteiligen, kann sich an einen der Träger oder an die Geschäftsstelle von Miteinander e.V. wenden.

Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str.30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/62 07 73
Fax: 0391/6 20 77 40
net.gs@miteinander-ev.de

Ratgeber „Was tun nach einem rechten Angriff“

Aus den Erfahrungen der Arbeit des Brandenburger Vereins Opferperspektive und der Mobilen Opferberatung ist der Ratgeber „Was tun nach einem rechten Angriff“ entstanden. Auf 32 Seiten werden Schritt für Schritt die häufigsten Fragen von Betroffenen, ZeugInnen und Familienangehörigen oder FreundInnen nach einer rechten oder rassistischen Gewalttat erläutert. Die Broschüre ist aufgeteilt in die folgenden Kapitel: Rechte Gewalt im Alltag; Was tun nach einem rechten Angriff? Was passiert, wenn ich eine Anzeige stelle? Warum einen eigenen Anwalt und was bedeutet Nebenklage? Wer zahlt den Anwalt? Wie sieht ein Strafverfahren aus? Was ist mit Schmerzensgeld und Zivilverfahren? Was

mache ich mit meinen Ängsten? Und wer zahlt die Arztkosten? Öffentlichkeit herstellen; Dienstaufsichtsbeschwerde; Was tun gegen rechte Aktivitäten und rechte Gewalt? Und: Wo finde ich Unterstützung?. Der Ratgeber wendet sich sowohl an die direkt Betroffenen und ihr Umfeld als auch an SozialarbeiterInnen, LehrerInnen und andere MultiplikatorInnen, die mit Betroffenen rechter und rassistischer Angriffe in Berührung kommen. Ermöglicht wurde diese Publikation durch die finanzielle Unterstützung des Bildungsvereins Elbe-Saale, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt sowie durch eine Spende der Ratsfraktion „Forum Halberstadt“.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden bei:

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilen Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:
Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:
Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert von:

